

Dr. Franz Segbers

Wiederkehr der Unsicherheit. Leben als Anhängsel des Marktes

Heppenheim, 3. November 2011.

Vortrag beim 9. Forum Sozialpastoral

Brennende Autos in Birmingham, geplünderte Supermärkte in Londons Vorstädte, ein britischer Premierminister David Camaron, der „asoziales Verhalten und nicht Armut“ als Auslöser der Unruhen sieht. Die Süddeutsche Zeitung deutete die Plünderungen als einen „Aufruhr der Abgehängten“. So lenkten für einen Augenblick diese Ereignisse im Sommer das öffentliche Interesse auf einen Ausschnitt jener sozialen Frage, die wieder ins Zentrum der Politik rückt. Schnell war man sich sicher, dass solche Entwicklungen in Deutschland nicht zu befürchten seien. Wirklich überrascht kann man nicht sein, denn nur wenige Jahre zuvor waren ähnliche Bilder in Frankreichs Vorstädte zu sehen. Bei den „Abgehängten“ in Tottenham und zuvor in Paris, die sich in ziellose Plünderereien von Shoppingmall und Supermärkten flüchteten, handelt es sich um die Entbehrlichen der Arbeitsgesellschaft. Auch wenn sich die Demonstranten der occupy Bewegung in ihrem Verhalten und äußeren Erscheinungsbild von den „Abgehängten“ in London oder Paris unterscheiden, so haben sie doch alle etwas gemeinsam: Sie gehören zu einer Jugend, der man eine Zukunft und ein gutes Leben in Würde vorenthält. In Frankfurt sah ich ein Schild: „Ich habe nichts gegen das System, das System hat etwas gegen mich!“ Die Frankfurter Rundschau analysierte die occupy-Bewegung folgendermaßen: „Wir haben es mit einer Generation zu tun, die spürt, dass selbst die vielbeschworene Bildung keinen Wohlstand garantiert. Es sind, könnte man in Anlehnung an die „working poor“ des Niedriglohn-Sektors sagen, die „educated poor“ der Zukunft. Der Protest richtet sich gegen die Aussicht, als Generation der „gebildeten Armen“ in die Geschichte einzugehen.“ (Fr 15.10.2011) Die Prekarisierung des Lebens frißt sich gleichsam von den Rändern der Gesellschaft her in deren Mitte. Analytisch betrachtet sind die brennenden Quartiere und Supermärkte in Tottenham oder Birmingham, nur der extremste Ausdruck einer Prekarisierungsdynamik, zur der die „working poor“ und die „educated poor“ gehören und die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht. Diese Tendenz hat der französische Soziologe Robert Castel eine „Wiederkehr der Unsicherheit“ in die reichen Wohlstandsgesellschaften Europas genannt. Von der Wiederkehr zu sprechen bedeutet, im Vergleich zu einem vorhergehenden Zustand eine Verschlechterung zu diagnostizieren.

Ich möchte folgende These ausführen:

Die Überflüssigen, die *working poor* und die *educated poor* verweisen auf tiefgreifende Veränderungen, die eine Entwicklung anzeigen, die aus den Zentren der Lohnarbeitsgesellschaft herrührt. Dieser Umbruch der Lohnarbeitsgesellschaft wiederum ist Ausdruck eines entfesselten Kapitalismus.

Ich möchte in einem Dreischritt vorgehen:

Zunächst will ich einen Blick auf die Veränderungsprozesse werfen, die immer mehr Menschen in Leben in Armut und Prekarität, Unsicherheit und Furcht führen. Nach dem Sehen möchte ich diese Entwicklung beurteilen und nach den Gründen fragen. Wer diese Entwicklung nicht analysiert, der kann auch nicht theologisch und pastoral angemessen darauf reagieren.

I. Die Wiederkehr der Unsicherheit

Mit dem Stichwort „Prekarisierung“ wird dabei nicht lediglich eine Zustandsbeschreibung der Gesellschaft vorgenommen, sondern eine problematische Entwicklungsdynamik. Die „Wiederkehr der Unsicherheit“ ist nur auf dem Hintergrund der breiten sozialen Absicherung verständlich, die lange Zeit für die Geschichte der Bundesrepublik prägend gewesen war. Es gab einen Nachkriegskonsens, eine Gesellschaft zu entwerfen, in welcher Menschen ohne „Furcht und materielle Not“ sozialstaatlich abgesichert gegen die Wechselfälle des Lebens leben konnten. Lange galt die Überzeugung, dass es nur „bergauf“ gehen könne. Doch aus dieser „Aufzugsgesellschaft“, von der Ulrich Beck spricht, ist längst eine „Paternostergesellschaft“ geworden, bei der es für die eine nach oben und die anderen nach unten geht.

Diese Prekarisierungsdynamik des gesamten Lebens kann man im Anschluss an den französischen Soziologen Robert Castel mit einem Zonenschema gut deuten. Castel unterscheidet drei Zonen: Eine *obere Zone der Integration in die Gesellschaft* und Arbeitswelt, die durch normale gesicherte und auch mit sozialen Rechten verbunden Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet ist und eine *mittlere Zone der Prekarität*. Unter diesen beiden Bereichen des „unstabilen Wohlstands“, die 26 % der Bevölkerung umfasst, und die des gesicherten Wohlstands (46 %) liegt eine „*Zone der Entkoppung*“. Ein wachsender Anteil von Menschen lebt dauerhaft prekär. Das gilt vor allem dann, wenn zu den Hauptmerkmalen (unqualifizierter Beruf, Beschäftigung in Niedriglohnbranchen, Dauerarbeitslosigkeit) weitere Faktoren als Auslöser hinzukommen (z. B. Scheidung, alleinerziehende Mutter). Im Jahr 2004 umfasst die Zone extremer, „verfestigter Armut“ 8,4 % der Bevölkerung; die Zone der Prekarität (Armutgefährdung bzw. teil- und zeitweise Armut) weitere 19,6 %. Damit lebt bereits schon lange *vor dem Ausbruch der Finanzmarktkrise 28 % der Menschen in Deutschland in verfestigter Armut oder prekären Lebensverhältnissen*, in denen sie von Armut ständig bedroht sind.

Es zeichnet sich eine Dynamik ab, die von den Rändern her immer mehr gesellschaftliche Gruppen und Schichten erfasst. Die Erwartungen, die an das Beschäftigungsverhältnis gerichtet werden, können in vier Dimensionen beschrieben werden: *Arbeitsplatzsicherheit* – ich kann ohne Zukunftsängste mein Existenz sichern, *Beschäftigungsstabilität* – meine Existenzsicherung ist nicht von Konjunkturabläufen abhängig; *Einkommenssicherheit* – meine Erwerbsarbeit sichert mit den Lebensunterhalt und Zugang zu sozialen Sicherungssystemen, *Vereinbarkeitssicherheit* – meine Erwerbsarbeit muss auch mit Ansprüchen der Familien und der Sorgearbeit vereinbar sein. Eine solche Erwerbsarbeit eröffnet eine Spiel- und Entfaltungsraum für Selbstverwirklichung und Entwicklung der

Fähigkeiten. Das Sozialwort der Kirche drückt es so aus: „In einer solchen Gesellschaft wird der Anspruch der Menschen auf Lebens-, Entfaltungs- und Beteiligungschancen zu einem Menschenrecht auf Arbeit.“(Ziff. 151)

Diese Erwartungen werden jedoch immer weniger realisierbar. Prekär arbeiten nicht allein Beschäftigte, die als Leiharbeiter, Teilzeitbeschäftigte oder Niedriglöhner tätig sind. Längst ist die ganz normale Erwerbsarbeit von einer zersetzenden Dynamik befallen, die sich in der Folge auch auf die Lebenssituation auswirkt. Jede dritte Frau mit einer Vollzeitstelle bezieht lediglich einen Lohn, der unter der Niedriglohnschwelle von 1.890 Euro liegt. Demnach waren Ende 2009 in Deutschland 2,4 Millionen weibliche Vollzeit-Beschäftigte Geringverdienerinnen. Das entspricht einem Anteil von 33 Prozent. Bei Vollzeit arbeitenden Männern ist der Anteil der Niedriglohn-Beschäftigten mit 13 Prozent deutlich kleiner. Betrachte man alle Erwerbstätigen inklusive Teilzeitkräften und Minijobbern, seien sogar 68 Prozent der Niedriglohn-Bezieher weiblich. Prekär war die Erwerbsarbeit für Frauen immer schon. Lange galt das Ernährer-Hausfrauenmodell. Sie stellen Zweidrittel der geringfügig Beschäftigten. Diese Prekarisierung von Erwerbsarbeit bedeutet aber für Männer und Frauen etwas je Unterschiedliches. Dieser Trend zu einer Niedriglohngesellschaft ist für die einen die Fortsetzung oder Verschärfung eine unsichere Erwerbsbeschäftigung, für andere der Verlust von Sicherheiten, auf die man bislang den Lebensalltag und die Zukunftsplanung ausrichten konnte. Diese Prekarisierung der Arbeit bringt die gesamte Lebensführung ins Wanken, denn sie greift zwei zentral Stellschrauben einer individuellen Lebensführung an: Die Planbarkeit und Gestaltungsoptionen. Den Menschen wird zunehmend abverlangt, ihre soziale Sicherheit individuell herzustellen und Unsicherheiten auszuhalten. „Wir sind in ein Zeitalter der Unsicherheiten eingetreten – wirtschaftliche Unsicherheit, physische Unsicherheit, politische Unsicherheit.“ Analysiert der britische Historiker Tony Judt die gegenwärtige Situation. Und fährt fort: „Unsicherheit erzeugt Angst. Und Angst – Angst vor Veränderung, Angst vor dem sozialen Abstieg, Angst vor Fremden und einer fremden Welt – zerfrisst das wechselseitige Vertrauen, auf dem die Bürgergesellschaft beruht.“¹ Prekarität frisst sich gleichsam von den Rändern der Gesellschaft bis in deren Mitte hinein. Sie lässt eine Unsicherheit wiederkehren, die ein für allemal überwunden schien. Wenngleich an den gesellschaftlichen Rändern Menschen am schwersten unter den Prekarisierungstendenzen zu leiden haben, so geraten doch auch zusehends Teile der Mittelschicht bis in unsere Gemeinden in eine Situation der Verwundbarkeit.

Viele Menschen fühlen sich den Verhältnissen, in denen sie leben, mittlerweile hilflos ausgeliefert. Das erzeugt Angst und Unsicherheit. Erwerbsarbeit bietet keine sichere Grundvoraussetzung mehr für ein gutes Leben. In den schlimmsten Fällen verwischen die Grenzen zwischen dem Arbeitnehmerstatus und der Tatsache, trotz Arbeit seinen kargen Lohn mit „Hartz IV“ aufstocken zu müssen. Dies hat eine weitreichende Dynamik befördert: Lohndumping, fristlose Kündigungen im Krankheitsfall, Kündigung wegen Bagatelvergehen, elektronische Überwachung an Supermarktkassen, Demütigung und Entrechtung am Arbeitsplatz sind inzwischen an

¹ Tony Judt: Dem Land geht es schlecht. Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit. München, 2011, S. 16

der Tagesordnung. Wer nach den Ursachen für diese Verrohung und Entsicherung der Arbeitswelt fragt, wird indessen mehr in den Blick nehmen müssen als die hart bedrängenden Hartz-Gesetze. Die Prekarisierung der Arbeitswelt ist, so lautet meine These, ist kein Betriebsunfall, der sich durch schärfere Sicherheitsbestimmungen am Platz der Arbeit beheben lässt. Er ist Ausdruck eines *funktionierenden* Finanzmarktkapitalismus. Salopp gesagt: Prekarität und Armut gehören zu Finanzkapitalismus wie das Wasser zum Duschen.

Die Prekarisierungsdynamik erfasst mittlerweile auch die normale Arbeit und hat Folgen für das alltägliche Leben der Menschen. Welche Kräfte aber haben diese Dynamik in Gang gesetzt?

„Es darf nicht mehr sein, dass die Banken und die Banker die Kiste gegen die Wand fahren und dann den Steuerzahler aufräumen lassen. Wir brauchen Regeln, damit der Staat nie wieder von den Banken erpresst werden kann.“ So hat die Bundeskanzlerin Merkel 2009 auf die Finanzkrise reagiert. Sie gibt also zu, erpresst worden zu sein, konstatiert die Übermacht der Finanzmärkte und die eigene Ohnmacht. Vollmundig hatte noch zehn Jahre zuvor der Chef der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer auf dem World Economic Forum in Davos den versammelten Regierungschefs und Konzernchefs unverhohlen klargemacht, dass die Finanzmärkte die Politik unter Druck setzen: „Die meisten Politiker sind sich immer noch nicht darüber im Klaren, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ Dies bedeutet nichts anderes als dass die Banken die demokratisch gewählten Regierungen beugen, zu einer Politik der Anpassung an die Interessen der Finanzmärkte zwingen und zu einer Bedrohung der Demokratie ausarten.

Finanzmarktkapitalismus ist die Bezeichnung für eine Ausformung des Kapitalismus, bei dem die Aktienmärkte, auf denen mit fiktivem Kapital gehandelt wird, das Zentrum ausmachen. Die Unternehmen fungieren als Kapitalanlage in den Händen der Aktionäre. Folglich bedienen die Manager vorzugsweise die Aktionärsinteressen und deren kurzfristige Renditeinteressen. Die Interessen der Belegschaft, der abhängig Beschäftigten, der Kunden oder der öffentlichen Hand spielen keine oder nur eine nachrangige Rolle.

Rendite und Gewinn weisen dann nicht die ökonomische Leistungsfähigkeit aus sondern werden als fixe Zielgröße vorausgesetzt, an die sich Löhne, Arbeitszeiten oder Arbeitsbedingungen flexibel anzupassen haben. Diese Art von finanzieller Planwirtschaft bewirkt, dass auch solche Betriebe unter Druck geraten, die profitabel sind, aber in der Konkurrenz um hohe Kapitalrenditen wie sie auf dem Finanzsektor erbracht werden, nicht standhalten können.

Ein Beispiel: Für Analysten sind niedrige Personalkosten ein Maßstab hoher Effizienz. So üben Unternehmen Druck auf ihre Personalkosten aus. Kosten lassen sich zudem auch noch dadurch senken, wenn Leiharbeiter eingestellt werden. Das hat gleich mehrere Vorteile: Leiharbeiter lassen sich als Sachkosten verbuchen und mit ihnen lassen sich Entlassungskosten sparen, weil der Kündigungsschutz ausgehebelt wird. Hinzu kommt der angenehme Nebeneffekt, dass den

Festangestellten vor Augen geführt wird, dass die gleiche Arbeit zu weniger Geld und anderen Bedingungen ausgeübt werden kann.

Vor einigen Jahren ist der Deutsche Bank Chef Ackermann ins Gerede gekommen, weil er eine Kapitalrendite von 25 Prozent als Planungsziel vorgegeben und zugleich die Kündigung von über 6.000 Beschäftigten ausgesprochen hatte. Dieses Vorgehen zeigt: Wenn die Eigenkapitalrendite bei 16, 18 oder gar 25 % fixiert ist, werden die Beschäftigten zu einer flexiblen Manövriermasse zur Absicherung des fixen Renditeziels. Arbeit hat im Finanzkapitalismus keinen Wert mehr sondern wird zu einem flexibel zu nutzenden Kostenfaktor degradiert. Hier ist der Ursprungsort für die systematische Unsicherheit an den Finanzmärkten. Sie macht das Leben der Menschen systematisch unsicher, denn es wird zu einem flexibel zu nutzenden Instrument zur Sicherung einer fixen Rendite.

Neben dieser Hauptursache, die im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus liegt, sind noch zwei weitere Ursachen für die Prekarisierung des Lebens zu benennen: Die gesamte Hartz-Gesetzgebung hat zu einer Aufwertung prekärer Beschäftigung geführt. Ziel war, Arbeitslosigkeit „ungemütlicher“ zu machen. Untersuchungen zeigen, dass ALG II-Bezieher und prekär Beschäftigten abschreckende Wirkung auf diejenigen ausüben, die noch Arbeit haben. Sie sind zu allen möglichen Konzessionen bereit. Zudem expandiert der Niedriglohnsektor. Seit 1995 ist die Zahl der Menschen, die zu Niedrig- und Hungerlöhnen arbeiten um 40 Prozent auf fast 7 Millionen gestiegen. Bis zu 22 Prozent aller abhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Diese neue Prekarisierung ist also ökonomisch gewollt und wird politisch gemacht. Sie ist kein Sachzwang sondern Ausdruck der Macht der Akteure auf dem Finanzmarkt.

Eine dritte Ursache für die Zunahme des prekären Sektors hat eine kulturelle Dimension, die auf die feministische Kritik am Normalarbeitsverhältnis zurückgeht. Da Frauenerwerbsarbeit minderbewertet wurde, hatte die Auflösung der Normalarbeit auch eine befreiende Dimension. Frauen sind eher bereit, atypische Beschäftigung als Alternative zu einem Ernährermodell zu akzeptieren, weil sie Familie und Beruf vereinbaren wollen und sich eher auf prekäre Beschäftigung einlassen oder auch einlassen müssen, da die entsprechende öffentliche Infrastruktur fehlt. So kommt es, dass Frauen heute mehr in Erwerbsarbeit integriert, aber häufig in prekären Jobs.

Zusammengefasst: Der Renditedruck zwingt den Menschen ein Leben in Prekarität auf. Ein ganzes System, das ums Goldene Kalb tanzt, fordert die Prekarisierung des Lebens von immer mehr Menschen ein.

II. Theologische Kritik des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus

Vor einem Jahr ist in Frankreich das schmale Buch des letzten noch lebenden Mitverfassers der Charta der Menschenrechte Stephane Hessel erschienen. Das Buch mit dem Titel „Empört Euch!“ hat wie eine Initialzündung gewirkt. Mit eindringlichen Worten ruft er zum friedlichen Widerstand gegen eine Gesellschaft auf, die es zulässt, dass der Abstand zwischen Arm und Reich wächst. „Das gesamte Fundament der sozialen Errungenschaften der Resistance ist heute in Frage gestellt. Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten dieser sozialen

Errungenschaften nicht mehr tragen.“ Was Hessel Errungenschaften der Resistance nennt, war ein gesamteuropäischer Nachkriegskonsens – auch in Hessen. In der Hessische Verfassung aus dem Jahr 1946 heißt der Artikel 28: „Die menschliche Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Staates. Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit. Wer ohne Schuld arbeitslos ist, hat Anspruch auf den *notwendigen* Unterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen.“ Der Artikel 33 sagt: „Das Arbeitsentgelt muss der Leistung entsprechen und zum Lebensbedarf für den Arbeitenden und seine Unterhaltsberechtigten ausreichen.“ Und mein Lieblingsartikel 38 stellt klar: „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.“ Diese langen Zitate zeigen, welche Welt nach dem Krieg geschaffen werden sollte, aber auch welche Welt wir verloren haben. Die Stichworte dieses großen Grundkonsenses, der von der CDU bis zur Hessischen Verfassung reichte, und der sich auch in Großbritannien, den USA und in der französischen Resistance wiederfindet, lauten: gestaltende Rolle des Staates, der die Aufgaben hat, die Macht des Geldes zu begrenzen, wirtschaftliche Mitbestimmung und soziale Demokratie zu gestalten und dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft sich nicht an der Kapitalvermehrung sondern am Bedarf der Menschen ausrichtet. Bürger haben Rechte wie das Recht auf Arbeit. Mit diesen Maßstäben ging man daran, in ganz Europa eine soziale Demokratie und solidarische Gesellschaft aufzubauen.

Von dieser sozialstaatlichen Orientierung hatte man sich mit der neoliberalen Wende verabschiedet, die mit Margret Thatcher und Ronald Reagan verbunden ist. Seitdem stellt sich die soziale Frage erneut. Noch vor der Finanzkrise zeigten sich die sozialen Folgen der falschen, neoliberalen Wirtschaftspolitik: Die Armen und die Arbeitslosen waren die ersten Opfer der falschen katastrophalen Wirtschaftspolitik, die sich jetzt in der Finanzkrise zu einem Monster aufgebaut hat. Die Prekarisierung des Lebens und die Finanzkrise sind zwei Seiten einer Medaille. Die Arbeit des Menschen geriet unter die Mühlsteine der Kapitalinteressen. Sie wurde sozial entschert, entrechtet und geschändet. Damit die Renditeinteressen realisiert werden, kommt theologisch gesprochen ein Opferkult auf: ein sozial abgesichertes Leben, verlässliche Erwerbsarbeit, Beschäftigungssicherheit, eine auskömmliche Rente und gute Arbeit für alle müssen für die Renditeziele des Kapitals geopfert werden. Wenn dieses Opfer um unseres Heils willen nicht gebracht wird, droht Ungemacht. Dann erzürnt der Götze Markt. Lateinamerikanische Theologen haben dafür die Bezeichnung Opferkapitalismus gewählt.

Wie sollen wir auf diese Lage angemessen theologisch und kirchlich reagieren? Die zunehmende Prekarisierung des Lebens als Folge eines entfesselten Finanzkapitalismus ist *die* soziale Frage unseres Jahrhunderts. Die kirchliche Reaktion auf die zunehmende Verarmung ist wie im 19. Jahrhundert zumeist der Verweis auf den barmherzigen Samariter, der sich dem Manne zuwendet, der unter die „Räuber gefallen“ (Lk 10,30) ist. Doch was es mit dem Reichtum der Wenigen und der Armut der Vielen auf sich hat, darüber gibt das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter keine Auskunft, sondern das steht nach Lk 16 in der Erzählung vom reichen Mann und dem armen Lazarus bei „Mose und die Propheten“ (Lk 16,29,

auch Mt 5,17; 7,12). Jesus erzählt, was allenthalben zu sehen war: Da liegt ein Armer vor der Tür des Reichen, der es sich gut leben lässt. Warum gibt es eigentlich Arme neben Reichtum? Auf diese Frage antwortet Jesus mit der Erzählung vom Reichen und dem armen Lazarus. Das Gleichnis mündet in der Aufforderung, auf „Mose und die Propheten“ zu hören. Das Gleichnis vom reichen Mann und dem armen Lazarus ist ein Gleichnis für unsere Zeit. Auch wir leben wieder in einer Lazarusgesellschaft mit ihren Lazarussen vor unseren Türen.

Mit dem Gleichnis vom armen Lazarus und dem Reichen illustriert Jesus sein bekanntes Wort, das nur wenige Verse zuvor steht: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“. Dies ist gleichsam die Überschrift, die über dem Gleichnis vom armen Lazarus und dem Reichen steht. Sie zeigt auf, wohin eine Gesellschaft kommt, wenn sie nicht klärt, was in ihr den Ausschlag gibt: Mammon oder der Hunger und Durst nach Gerechtigkeit. Wir leben nicht nur in einer Lazarusgesellschaft, sondern auch in einer Gesellschaft, in der das Geld zur alles bestimmenden Wirklichkeit, zu einer Religion geworden ist, der wir alles opfern. Unsere Gesellschaft lebt von der Verheißung unendlichen Reichtums.

Diese Verabsolutierung der Gier nach Geld war nur möglich, nachdem eine jahrtausendealte philosophische Tradition beseitigt wurde, die seit alters her in den Religionen und der Philosophie Habsucht als Untugend kritisierte. Die klassische politische Ökonomie begann im 17./18. Jahrhundert, die Habsucht in der Gestalt des Eigennutzes als Antrieb des Menschen zu wirtschaftlichem Handeln positiv zu werten. Die Habgier, die Luther noch die „Haupttodsünde“ genannt hatte, verschwand und wurde zu einem lobenswerten Motiv wirtschaftlichen Handelns umgedeutet. Diese Umwertung brach mit den philosophischen und religiösen Traditionen seit dem Aufkommen der Geldwirtschaft in der Antike. Zahlreich sind die Klagen in der Antike über die negativen Folgen des maßlosen Geldsystems. So sagt Aristoteles: „Alle Geschäftemacher nämlich wollen ins Unbegrenzte hinein ihr Geld vermehren.“ Nicht anders heißt es in der Bibel: „Wer das Geld liebt, bekommt vom Geld nie genug“ (Pred. 5,9). Die biblische Tradition geht aber über jene ethische Bewertung der Geldgier hinaus und kritisiert, dass das Geld an Gottes Stelle trete (Mt 6,24; Lk 16,13; Kol 3,5; Eph 5,5). „Niemand kann zwei Herren dienen ... Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Mt 6,24). Es geht um „lieben“ und „dienen“, nicht um einen Gebrauch des Geldes als Tauschmittel. Mammon herrscht dann, wenn die permanente Geldvermehrung als oberstes Ziel akzeptiert und dementsprechend behandelt wird.

Warum sind Habgier und Geldgier für die Bibel nicht nur eine menschliche Fehlhaltung sondern Mammonsdiens? Habgier ist nicht ein strukturelles Phänomen einer Wirtschaft, die sich an Geld und nichts anderem als Geld ausrichtet. Strukturell unersättlich und habgierig ist eine Wirtschaft, die auf nichts anderem als auf die Vermehrung von Geld in immer mehr Geld aus ist. Genau hier stellt die Bibel die Gottesfrage: Mammon oder Gott? Die biblische Unterscheidung zwischen Gott und Mammon verweist darauf, dass mit dem Gott der Bibel Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde angesprochen werden und mit Mammon ein „falscher Gott“ abgelehnt, der unendlichen Reichtum verheißt, doch den Tod bringt und dies auch noch legitimiert. „Mammon“ meint also mehr als nur Geld oder ein unrechter Umgang mit Geld sondern einen Geldmachtkomplex, der nicht dem guten Leben aller in

Freiheit und Gerechtigkeit dient. Deshalb gehört es zur ersten und vornehmlichen Aufgabe der Christen, zu sagen was ist: Wir leben in einem stinknormalen Kapitalismus. Wer hier von Sozialer Marktwirtschaft redet, der verschleiert die Realitäten. Deshalb ist es an der Zeit, auch die kapitalismuskritischen Traditionen des katholischen Soziallehre zu beerben.

Wenn es bei der Frage der Habgier um nicht weniger als die Frage nach Gott geht, und wenn Habgier kein bloßes individuelles Fehlverhalten ist sondern eine strukturelle Sünde, dann kann die Reaktion darauf nicht in einem Appell an die Einzelnen bestehen, doch etwas weniger habgierig zu sein. Falsch wäre es auch, mit Barmherzigkeit, mit mehr Tafeln und armutslindernden Angeboten zu reagieren.

Wie geht die Bibel mit Fragen wie Ausgrenzung, der Spaltung zwischen arm und reich um? Verbreitet sie Mitleid mit den Ausgegrenzten, den Opfern oder sagt sie etwas Grundsätzliches zu Fragen von Armut im Reichtum? Es gibt Bibelzitate, die sich in das christliche Bewusstsein tief eingebrannt haben. Zu diesen auch in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen Zitate gehört Jesu Wort „Arme habt ihr allezeit unter euch“ (Mt 26,11/Mk 14/Joh 12,8). Jesu Wort von den Armen, die allezeit da sind, wirkt beruhigend. Nichts braucht sich verändern, denn wer wollte schon grundsätzliche Bedenken gegen Zustände erheben, die es eben allezeit gibt. Dabei ist Jesu Wort eher beiläufig angesichts einer Salbung mit teurem, wohlriechendem Öl, über die sich die Jünger beschwerten, gesprochen. Jesus zitiert aus der Sozialgesetzgebung der Hebräischen Bibel. Doch in Spannung zu diesem von Jesus zitierten Vers steht das Leitmotiv: „Doch eigentlich sollte es dir keine Armen geben; denn der Herr wird dich segnen“ (Dtn 5,4). Dieses Leitbild gilt keineswegs als bloße Utopie sondern als eine reale Hoffnung auf eine Gesellschaft ohne marginale Gruppen, die es dann gibt, wenn Israel „auf die Stimme seines Gottes hört“ und dieses „ganze Gesetz tut“ (Dtn 15,5). Wenn die Reichen aber die biblischen Weisungen wie Zinsverbot, Darlehensgebot oder Schuldenerlass nicht praktizieren, dann werde es allezeit Arme im Lande geben (Dtn 15,11).

III. Kirchesein im Finanzkapitalismus

Es gibt eine neue Aufmerksamkeit für die soziale Lage in den Kirchen. Dafür stehen Sie und auch das Forum Sozialpastoral. Doch bei dieser Aufmerksamkeit sollten wir uns an die Einsichten des schon beinahe vergessenen Beschlusses der Würzburger Synode aus dem Jahr 1974 zu „Kirche und Arbeiterschaft“ erinnern. Dort war von einem „*fortwirkenden* Skandal der Trennung zwischen Kirche und Arbeiterschaft“ die Rede. Es war Oswald von Nell-Breuning, der damals zu einer Gewissenerforschung gedrängt hat, damit der „*fortwirkende* Skandal“ nicht zu einem „*fortwährenden* Skandal“ wird. Der Synodenbeschluss nennt drei Hauptgründe für den „fortwirkenden Skandal“ einer unzureichenden Antwort im 19. Jahrhundert auf die damalige soziale Frage, die heute noch so aktuell sind wie damals: Die Blickverengung auf kirchliche Probleme, das Versagen der theologischen Wissenschaft und schließlich das Ringen um Barmherzigkeitshandeln der Caritas oder Staatsintervention für Gerechtigkeit. Jetzt wo abermals die soziale Frage in der Gestalt der Prekarisierung des Lebens auftritt, stehen wir in der Gefahr, dass der Skandal des 19. Jahrhunderts fortwährt. Er wirkt fort, wenn wir erneut die Caritasantwort geben. Dann fallen wir theologiegeschichtlich wieder ins 19. Jahrhundert zurück.

Im Sozialwort haben die Kirchen gesagt: „Entscheidend wird sein, dass Christen und Gemeinden nicht bei einzelnen diakonischen Aktivitäten und Maßnahmen stehen bleiben. Es geht um eine ‚neue Bekehrung zur Diakonie‘, in der die Freude und Hoffnung, die Trauer und Angst der Menschen, die Hilfe nötig haben, zur Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Christen werden.“ (250) Diese Formulierung fordert zu einer Solidarität mit den Menschen, die Hilfe nötig haben. Entnommen ist sie einer Passage aus dem entscheidenden Text des Zweiten Vatikanischen Konzils, der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“. Dort jedoch wird gerade nicht paternalistisch auf jene verwiesen, „*die Hilfe nötig haben*“, sondern die geforderte Solidarität wird befreiungstheologisch mit einer Option für die Armen geklärt: „die Freude und Hoffnung, die Trauer und Angst der Menschen, *besonders der Armen und Notleidenden aller Art*“, heißt es dort. Wie aber kann diese geforderte Solidarität gerade mit den *Armen und Notleidenden aller Art* praktisch werden?

Für den Theologe Johann Baptist Metz galt Jesu erster Blick nicht der Sünde der Menschen und auch nicht den theologischen Fragen, sondern dem Leid der Anderen. Diesen jesuanischen Blick nennt Metz eine „*Compassio*“, die die Augen öffnet, mitleidet und mit aller Kraft und Passion sich an die Seite derer stellt, die schwer zu tragen haben und in Not sind. Diese Passion wird zu einer *Compassio*, zu einer „leidempfindlichen Weltverantwortung“. Sie ist nicht Mitleid, auch keine unpolitische Empathie, sondern sucht leidenschaftlich nach der Gerechtigkeit. Die *Compassio* hat einen kategorischen Imperativ. Er lautet: Augen öffnen.

Fragen wir einmal direkt: Welche Kirche braucht Gott für unser Land, das unter der Macht der Finanzmärkte leidet? Dient sie der Heilung und dem Heil dieser Gesellschaft, die durch Prekarisierung, soziale Entsicherung und Finanzkrise verwundet wurde? Reicht es eine samaritanische Kirche zu sein, die den Opfern, die unter die Räuber gefallen sind, die Wunden verbindet und Tafeln organisiert? Warum reagieren wir heute wie im 19. Jahrhundert auf die neue Armut und die Prekarisierung des Lebens vor allem mit Barmherzigkeitsprojekten? Kirche wird dann zum barmherzigen Samariter an der Straße eines deregulierten Sozial- und Wirtschaftssystems. Aus der Ausnahme, einem, der unter die Räuber gefallen ist, wird dann ein Hilfeprinzip und man tut so, als wären wir noch in vorsozialstaatlichen Zeiten. Das Engagement einer samaritanischen Kirche, die sozialstaatlichen Defizite durch Werke der Barmherzigkeit nur auffüllen würde, wird zwar allenthalben als innovatives Element einer aktiven Bürgergesellschaft gefeiert, funktioniert aber faktisch als eine Absicherung beim Abbau von Sozialstaat und sozialen Rechten. Sie will in der Not helfen, gerät aber dabei unversehens in eine Barmherzigkeitsfalle und wird zum Schmiermittel für den Rückschritt von der sozialpolitischen Armutsbekämpfung zur Armenfürsorge. Die alltägliche Verelendung hunderttausender Menschen in einer reichen Gesellschaft ist ein Skandal, der durch Tafeln nicht aufgefangen werden kann. Eine Kirche, die sich allein auf das Hilfeethos der Barmherzigkeit beschränkte und Tafeln oder Sozialkaufhäuser als Hilfe gegen die Not organisieren würde, steht in der Gefahr, in eine Barmherzigkeitsfalle zu geraten, die aber gerade im 19. Jahrhundert eine der Ursache für den „Skandal der Trennung von Kirche und Arbeiterschaft“ war. Die Lerngeschichte des 19. Jahrhunderts war, diese Antwort als eine falsche zu erkennen und zu überwinden.

Was bekommen wir mit diesen Augen der mitleidenschaftlichen *Compassio* zu sehen? Das alltägliche Leid mit dem Namen „Prekarität“, das beschädigte Leben von Millionen in unserem Land, nicht nur an den Rändern sondern bis in die Mitte unserer von Mittelschichten geprägten Gemeinden. Die *Compassio* lässt uns deshalb fragen: Wer ist verantwortlich für die Strukturen? Wer leidet unter den Sünden der Strukturen, die es soweit haben kommen lassen?

Sich von der Not der Menschen anrühren zu lassen, ein Herz für die Armen zu haben, bleibt eine genuine Aufgabe der Kirche. Aber genauso wichtig ist neben der Versorgung der Armen der Kampf um die Abschaffung der Armut. In der Debatte um das eingangs genannte Synodenwort hatte Oswald von Nell-Breuning klargestellt: „*Caritas* zu üben erschien als spezifisch christlich, ja kirchlich ... Unsere ‚Sozialarbeit(innen)‘ wirken in der Hauptsache karitativ und kämpfen nur sozusagen nebenher für die Rechte ihrer Schutzbefohlenen Und sie werden sich immer des Verständnisses des Seelsorgers erfreuen... Ganz anders der Kampf um soziale Gerechtigkeit, um Verwirklichung einer gerechten Ordnung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft; er führt unvermeidlich in *Interessenkonflikte*; auch der Seelsorger gerät in die Gefahr oder doch in den Verdacht der *Parteilichkeit*. ... Aber dadurch dass er sich die Probleme wegwünscht, sind sie nicht weg.“ (Stimmen der Zeit 1973, 126)

Was heißt es heute auf Mose und die Propheten zu hören? Jesus lässt Abraham in der Erzählung von Lazarus und dem Reichen sagen, dass die Reichen „Auf Mose und die Propheten hören“ sollen. Der Zustand des Reichen ist endgültig, denn nicht Gott hat diese Kluft zwischen arm und reich geschaffen, sondern der reiche Mann. Die Not des Armen ist die Schuld des Reichen. Die Klassenspaltung kann im Himmel nachträglich nur sichtbar aber nicht rückgängig gemacht werden, wenn auf Erden versäumt wurde, sie zu überwinden. Das ist eine definitive Bilanz. Der Reiche hätte dieses Elend verhindern können, wenn der Reiche „auf Mose und die Propheten gehört“ hätte. Das Urteil lautet: Wer reich ist, dient dem Mammon und lebt im Widerspruch zu Gott. Das gute Leben basiert auf dem Elend der Armen. Jesus wendet sich gegen jene, die durch die Umdeutung der Tora diesen Wohlstand legitimieren und indirekt davon profitieren.

Die Lösung des Armutproblems liegt darin, auf „Mose und die Propheten zu hören“ (Lk 16, 29).

Zu diesem katastrophalen Elend der Armen hätte es nicht kommen dürfen, denn die Tora enthält mit Zinsverbot, Darlehensgebot und Erlassjahr eindeutige Bestimmungen gegen die Überschuldung als Hauptursache für Verarmungsprozesse. Die Reichen können gerettet werden, wenn sie sich in das Projekt der Tora einer Gesellschaft ohne Armut eingliedern. Die Tora will Armut im Lande abschaffen (Dtn 15,4), nimmt die Reichen deshalb in Pflicht, „alle sieben Jahre einen Schuldenerlass durchzuführen“ (Dtn 15,1) und mahnt: „Wenn jemand von deinen Brüdern und Schwestern verarmt, sei nicht hartherzig“ (Dtn 15,7), sondern „borge reichlich, soviel wie ihnen fehlt“ (Dtn 15, 8).

Was bekommen Christen heute zu hören, wenn sie auf „Mose und die Propheten hören“? Auf Mose und die Propheten zu hören, heißt darauf zu dringen: Die Armen brauchen Recht und Gerechtigkeit, keine Almosen. Eine Barmherzigkeit, die aus der

punktuellen Nothilfe eine Verhaltensregel macht, trägt gegen die erklärte Absicht zur Spaltung der Gesellschaft bei. Es bedeutet, eine prophetische Kirche zu sein, die Unrecht beim Namen nennt, sich anwaltschaftlich für die Interessen der Armen einzumischen und für deren Recht und Gerechtigkeit einzutreten. Die Kirche darf dem Staat nicht die Armutsbekämpfung abnehmen. Er muss den Staat drängen, endlich diese Aufgabe der Armutsbekämpfung zu übernehmen. Eine samaritanische Kirche, hilft in der Not, nicht aber aus ihr heraus. Das führt sie, wie Nell-Breuning wusste, in Interessenkonflikte. Doch das sind die Unkosten der Parteilichkeit, wenn die Kirche beginnt „auf Mose und die Propheten zu hören“. Eine solchermaßen diakonische Kirche aber wird beides zusammenhalten: sie hilft in der Not helfen und tritt politisch und öffentlich dafür ein, dass Menschen zu ihrem Recht kommen. Sie hält also beides zusammen: Barmherzigkeit und Gerechtigkeit. Das aber kann sie nur, wenn sie selber zu einer solidarischen Gerechtigkeitsbewegung wird, welche für die Entprekariisierung des Lebens und für die sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger eintritt und kämpft – und am besten mit ihnen.